

## Statements der Fraktionssprecher

### „Die Bezirke sind alternativlos“

„Die Bezirke sind alternativlos“ betonte Erwin Dotzel, Sprecher der CSU-Fraktion und Bezirktagspräsident Unterfrankens in der traditionellen Aussprache, nachdem Bezirktagspräsident Josef Mederer seinen Tätigkeitsbericht vorgestellt hatte. Gerade dieser Bericht zeige die Vielfalt der Aufgaben der Bezirke und die vielfältigen Prozesse, die durch die Bezirke angestoßen und umgesetzt werden, erläuterte der CSU-Politiker. Ebenso betonte Dotzel aber auch, dass die Bezirke künftig noch stärker die verschiedenen „Teilöffentlichkeiten“ informieren müssten.

Teilhabe und Inklusion seien die großen Herausforderungen, denen sich die dritte kommunale Ebene und die gesamte Gesellschaft in den kommenden Jahren stellen müssten. Vieles habe man bereits erreicht, dennoch sei man erst am Anfang des Weges. „Der Bund muss stärker in die Verantwortung genommen werden und sich auch finanziell stärker beteiligen“, so Dotzel. Als sehr wichtig nannte Dotzel ein Mehr an rechtlicher Sicherheit, die durch das neue Maßregelvollzugsgesetz erreicht wurde. Hier hätten die Bezirke ihre Erfahrung in den Gesetzgebungsprozess einfließen lassen und Wichtiges erreicht.

Gerhard Wimmer, Sprecher der SPD-Fraktion, erinnerte daran, dass mehr als 25000 Menschen davon über 1300 Auszubildende in den Einrichtungen der Bezirke arbeiten. Er forderte, dass für alle Mitarbeiter in allen Bezirken einheitlicher Tarif gelten müsse, ohne jegliche Ausnahme! Besonderes Augenmerk legte er auf die Situation in den Pflegeheimen. Der Beruf des Pflegers leide noch immer an mangelnder Anerkennung. Doch sei eine Aufwertung des Berufsbildes nicht zum Nulltarif erreichbar. Als Damoklesschwert bezeichnete er das neue Entgeltsystem PEPP, das in der Psychiatrie und Psychosomatik bald gälte.

Tamara Bischof, Sprecherin der Freien Wähler, erinnerte daran, dass die Bezirke in der Diskussion um das Bundesteilhabegesetz gestalterisch wirkten, auch wenn die Resonanz in Berlin auf die Vorschläge und Impulse bisher noch zu gering sei.

Die Sprecherin von Bündnis 90/ Die Grünen, Kirsi Hofmeister-Streit, plädierte für ein zentrales Melderegister für alle Zwangsmaßnahmen in der Psychiatrie und Forensik, denn eine solche Registrierung führe zu einer notwendigen Weiterentwicklung der jeweiligen Kliniken und Einrichtungen.

Alle Rednerinnen und Redner sehen als eine der größten Herausforderungen die wachsende Zahl der unbegleiteten jugendlichen Flüchtlinge. Laut neuesten Prognosen erwartet allein Bayern dieses Jahr mehr als 10000 Jugendliche, die dringend Hilfe und Unterstützung benötigten. Die Kommunen und Landkreise müssten hier mehr Unterstützung erfahren.

*Henner Lüttecke*